

1. Ökonomische Grundlagen/ Funktion und System des öffentlichen Wirtschaftsrecht

Wer legt in der Schweiz

- die Menge und den Preis der gehandelten Aktien: Käufer und Verkäufer von Aktien
- die Arbeitslöhne im Gastgewerbe: GAV, Gewerkschaft, Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Verbände
- die Menge und den Preis der in den Verkehr gebrachten Milch: Parlament, Bundesrat, Kontingente, Referendum, Markt
- den Umfang der Landesverteidigung (z.B. militärische Bauten, Kampfflugzeuge etc.): Parlament und Bundesrat

fest?

Koordinationsmechanismen

Zentrale Planung:

Gruppenvereinbarung: eine Reihe von Entscheidungsträgern, Z.B. Arbeitsmark

Markt: jeder für sich, Einzelentscheidungen. Adam Smith

zentral -----> dezentral

Mankiw

Principle 6: Markets are usually a good way to organize economic activity.

Principle 7: Governments can sometimes improve market outcomes.

Gründe für staatliches Eingreifen in die Wirtschaft (Beispiele):

Marktversagen:

Weitere:

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> - Externalitäten (Kap. 10 Mankiw) - Öffentliche Güter (Kap. 11 Mankiw) - Monopole (Kap. 15 Mankiw) - Konjunkturschwankungen (Kap. 31-33 Mankiw) | <ul style="list-style-type: none"> - Meritorische Güter - Sozialpolitische Umverteilung (Kap. 20 Mankiw) |
|--|--|

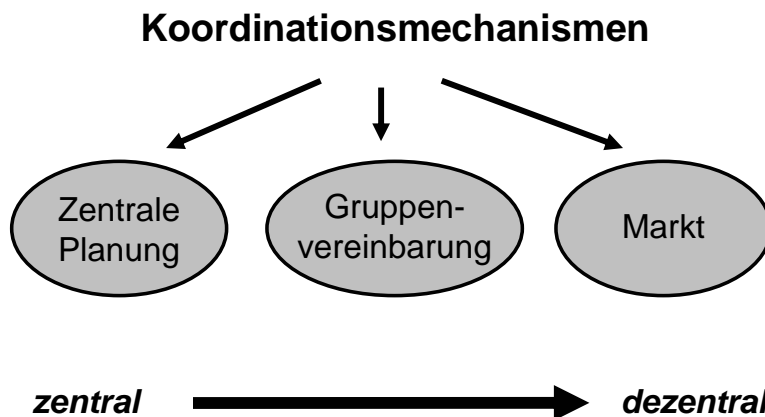
Markt, ausser bei Marktversagen → Staat greift in Markt ein.

Marktversagen, z.B. bei Umweltschutz → Externalitäten

zu wenig Anbieter/Nachfrager → z.B. Monopol (Post, SBB, SNB, KK)

Konjunkturschwankungen, öffentliche Güter

- meritorische Güter; Güter, die nach Urteil von Politik nicht in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden
- Sozialpolitische Umverteilung (Kap. 20 Mankiw), z.B. Progressives Steuersystem



Staatsversagen

Staat verfolgt immer Gemeinwohl?

ökonomische Theorie: Neue politische Ökonomie / Public choice

Grundlage der NPÖ ist der methodologische Individualismus mit dem Modell des rational handelnden, von Eigeninteressen geleiteten homo oeconomicus.

→ Die Public-Choice-Theorie überträgt den Rational Choice-Ansatz der neoklassischen Wirtschaftstheorie auf politische Phänomene.

Ausnahme: Auch Akteure im politischen Prozess verfolgen Eigeninteressen (homo oeconomicus)

Folgerung (Beispiele):

1. Rent-Seeking (Produzenten vs. Konsumenten) → legal: Nicht alle Interessenten sind gleich vertreten. Schutz eigener Interessen, Leittragenden sind immer die Konsumenten. Landwirtschaft → Schutz Lebensmittel
bessere Organisiertheit → Eigennutz
2. Politischer Konjunkturzyklus → legal: Konjunkturschwankungen, Mittel (Geld- und Finanzpolitik) Geld in Umlauf, effizientes Eingreifen. Bei Wahlen: Zinsen senken, Staatsverschulden steigt, restriktive Geldpolitik
3. kurzfristige statt langfristige Ausrichtung → legal: kfr. mit Einbussen, wirtschaftliche Konsequenzen Reformstau
4. Korruption / Vetternwirtschaft → illegal: Staat in direkter Weise missbrauchen

Wer entscheidet?

Verfassung – Gesetz – Verordnung: Markt soll spielen, sonst Grundlagen beachten (BV 27, 36, 94) für Einschränkungen.

2. Wirtschaftliche Grundrechte / Instrumente, Organe und Verfahren

Arten der Wirtschaftspolitik:

- Ordnungspolitik: Ausgestaltung im Sinne der Marktordnung
- Ablauf- oder Prozesspolitik: Konjunkturpolitik, Signale zurückhaltend setzen
- Strukturpolitik: Landwirtschaftsgesetz
- Verteilungspolitik: Sozialpolitik, grundsätzlich nicht marktkonform da sozialpolitisch → nicht grundsatzwidrig.

I. Wirtschaftsfreiheit

Dimensionen der Wirtschaftsfreiheit

- *Individualrechtliche Dimensionen (BV 27):*
Bei Kartellen muss der Bund einschreiten. BV 36 und BV 35 III: auch zwischen Privaten ist die Wirtschaftsfreiheit gewährt.
- *Ordnungspolitische Dimensionen (BV 94):*
Bindung Bund und Kantone an Wirtschaftsfreiheit.
- *Bundesstaatliche Dimensionen (BV 95 Abs. 2):*
Bund bekommt Auftrag um für den Binnenmarkt zu sorgen; Gesetze erlassen und umsetzen

Prüfungsschema Wirtschaftsfreiheit

I. Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit?

1. Schutzbereich (Häfelin/Haller, Rz. 628 – 653):

Private, auf Erwerb gerichtete Tätigkeit

keine privaten Tätigkeiten sind z.B.: Notar, Dozent, Staatsfunktionen
nicht auf Erwerb ausgerichtet sind NPO wie z.B. Caritas

2. Träger (Häfelin/Haller, Rz. 654 – 656):

schweizerische natürliche und juristische Personen, ausländische natürliche Personen (mit Niederlassungsbewilligung – BV 121), ob auch ausländische juristische Personen Träger der Wirtschaftsfreiheit sind, hat das Bundesgericht offen gelassen und in der Lehre ist es umstritten.

II. Sind die Eingriffsvoraussetzungen erfüllt?

1. Besondere Eingriffsvoraussetzungen:

Häfelin/Haller, Rz. 657 - 705

a. Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit (BV 94):

aa. Grundsatzkonform? Hier fragt man nach dem Motiv der Massnahme.

Gerechtfertigt sind polizeiliche und sozialpolitische Interessen

bb. Wenn nein, gibt es eine besondere Grundlage in der BV? (Abweichungskompetenz – BV 94 IV)

b. Gleichbehandlung der Konkurrenten (Gewerbegenossen):

BV 94 IV: enger gefasst – nur direkte Konkurrenten: gleiche Branche und gleiche Produkte, die das gleiche Kundenbedürfnis befriedigen.

Gleichbehandlungsgebot gemäss BV 8 – allgemein

2. Allgemeine Eingriffsvoraussetzungen (BV 36):

Häfelin/Haller, Rz. 302 - 334

a. Gesetzliche Grundlage:

Hier muss unterschieden werden, ob es sich um einen besonders schweren Eingriff handelt oder nicht. Bei einem schweren Eingriff muss die Beschränkung auf Stufe eines formellen Gesetzes geregelt sein. Bei weniger schweren Eingriffen kann auch eine Verordnung genügen, doch muss die Verordnung ihrerseits mit dem übergeordneten Recht im Einklang stehen.

b. Öffentliches Interesse:

Polizeigüter (öffentliche Ruhe, Sicherheit, Gesundheit, Sittlichkeit und Treu und Glauben im Geschäftsverkehr) – Verweis zu Grundsatzkonformität.

c. Verhältnismässigkeit (Geeignetheit, Notwendigkeit, Zweck-Mittel-Relation):

- Eignung: Staatliche Massnahme muss geeignet sein, um den im öffentlichen Interesse verfolgten Zweck herbeizuführen.
- Erforderlichkeit: Massnahme muss auf den angestrebten Zweck erforderlich sein, immer mildestes Mittel muss ausgewählt werden.
- Zumutbarkeit: Zwischen dem Eingriffszweck und der Eingriffswirkung muss ein vernünftiges Verhältnis bestehen.

d. Kernbereichsschutz

Der Kerngehalt der Grundrechte ist unantastbar (BV 36 IV)

III. Fazit**II Eigentumsgarantie (BV 26)**Teilgehalte der Eigentumsgarantie

- *Bestandesgarantie*
- *Vermögenswertgarantie*
- *Institutsgarantie*

Wenn Staat z.B. grosse private Unternehmen aufkauft oder durch Steuern einen Eigentumserwerb verunmöglicht.

Prüfungsschema Eigentumsgarantie**I. Eingriff in die Eigentumsgarantie?***1. Schutzbereich* (Häfelin/Haller, Rz. 597 – 600)

Sachliches Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen, beschränkt dingliche Rechte, obligatorische Rechte und Immaterialgüterrechte.

2. Träger (Häfelin/Haller, Rz. 612/613)

Schweizer Staatsangehörige und Ausländer und juristische Personen.

II. Eingriffsvoraussetzungen erfüllt? (Art. 36 BV)

(Häfelin/Haller, Rz. 599 – 605)

1. Grundsatz: Bestandesgarantie schützt die Eigentumsgarantie die konkreten, individuellen Eigentumsrechte vor staatlichen Eingriffen.

2. Gesetzliche Grundlage

schwerer Eingriff: eindeutig und klare Grundlage in einem Gesetz

weniger schwerer Eingriff: Auslegung des kantonalen Rechts nur unter dem be-

schränkten Gesichtswinkel der Willkür zu prüfen.

3. Öffentliches Interesse

jedes öffentliche Interesse, das nicht fiskalischen Interessen dient, ist laut BGer zulässig um einen Eingriff in die Eigentumsgarantie zu rechtfertigen.

4. Verhältnismässigkeit (Eignung, Erforderlichkeit, Zumutbarkeit)

5. Kernbereichsschutz (= deckt sich weitgehend mit der Institutsgarantie)

III. Bei gerechtfertigtem Eingriff: Entschädigung?

(Art. 26 Abs. 2 BV / Vermögenswertgarantie / Häfelin/Haller, Rz. 606 – 611)

1. Formelle Enteignung

Rechte werden durch einen Hoheitsakt vollumfänglich oder teilweise entzogen und auf einen Dritten (meistens Gemeinwesen) übertragen.

Ist im Enteignungsgesetz geregelt und es ist immer volle Entschädigung zu leisten (Bsp. zum Marktwert)

2. Eigentumsbeschränkung (öffentlich-rechtliche)

Bsp. Raumplanung; Bauland – Nichtbauland

a. Regel: Keine Entschädigung

Wenn Beschränkung nicht so schwer wiegt, dass eine materielle Enteignung vorliegt, so ist die entschädigungslos zu dulden.

b. Ausnahme: Materielle Enteignung

Es findet keine Übertragung von Eigentumsrechten statt, es liegt aber eine öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung vor, die den Eigentümer in einer Weise trifft, die einer formellen Enteignung gleichkommt und deshalb entschädigungspflichtig ist.

[1] Zur materiellen Enteignung ist die **Formel „Barret“** des Bundesgerichts sehr massgebend. Eine materielle Enteignung liegt vor, wenn dem Eigentümer der bisherige oder ein voraussehbarer künftiger Gebrauch einer Sache untersagt oder in einer Weise eingeschränkt wird, die besonders schwer wiegt, weil der betroffenen Person eine wesentliche aus dem Eigentum fließende Befugnis entzogen wird.

[2] Geht der Eingriff weniger weit, so wird gleichwohl eine materielle Enteignung angenommen, falls einzelne Personen so betroffen werden, dass ihr Opfer gegenüber der Allgemeinheit unzumutbar erschiene und es mit der Rechtsgleichheit nicht vereinbar wäre, wenn hierfür keine Entschädigung geleistet würde.

Zürcher Flughafen: Entschädigung? Grundsätzlich nein: Fluglärm ist keine Eigentumsbeschränkung, sondern formelle Enteignung von Nachbarsrechten ZGB 79 (Umgebungsstörung).

Kriterien erfüllt → nur wenn Nachbarrechte enteignet werden → Anwohner müssen Vermögenseinbusse hinnehmen.

IV. Fazit

III. Koalitionsfreiheit (BV 28 / Häfelin/Haller, Rz. 566 – 572)

Freiheit der Sozialpartner zur Bildung von Vereinen zum Schutz der Arbeits- und Wirtschaftsverbindungen.

Individuelle Koalitionsfreiheit

1. *Positive Koalitionsfreiheit*
Beitritt und Betätigung in einer Gewerkschaft sind erlaubt. Auch unter Privaten sichergestellt → OR 336 II und 356b III
2. *Negative Koalitionsfreiheit*
Beitritt darf jedoch nicht erzwungen werden. (Kein Zwang)

Kollektive Koalitionsfreiheit

Träger der Koalitionsfreiheit sind Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände → Gewerkschaften

Für die Einschränkungen der Koalitionsfreiheit → BV 36.

1. *Tarifautonomie* (siehe auch Art. 110 Abs. 1 Bst. d BV)
Verbände sind frei um Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhandeln, es gibt keine Vorgaben vom Staat → auch Streikfreiheit
2. *Bedingte Streikfreiheit* (Streik ist ein Kampfmittel der Gewerkschaften)
Keine unbedingte Streikfreiheit, keine politischen Streiks

Voraussetzungen eines rechtmässigen Streiks:

- a. *Arbeitsbeziehungen* (Art. 28 Abs. 3 BV) – keine politischen Streiks
- b. *Keine Friedenspflicht* (Art. 28 Abs. 3 BV)
kein Vertrag zur Streikpflichtung –
- c. *Verhältnismässigkeit* (Art. 28 Abs. 2 BV) zuerst immer alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen
- d. *Tariffähige Organisation (ungeschrieben) – Tarifautonomie:*
Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände müssen beteiligt sein, keine wilden Streiks → wer rechtmässig streikt, darf nicht gekündigt werden. Art. 28 Abs. 4
Beispiel von Leistungen von lebenswichtigen Dingen: Spital, Feuerwehr, Polizei
→ hier kann der Staat das Recht zu streiken unterbinden

IV. Instrumente (Auswahl)

Verbote und Bewilligungen

- *Verbot mit Anzeigevorbehalt*
Grundsätzlich darf man etwas machen und anzeigen, wenn Behörde es nicht verbietet, dann ist es erlaubt. Zuständige Behörde muss Ja/Nein sagen.
- *Verbot mit Erlaubnisvorbehalt*
 - *Polizeibewilligung (Polizeierlaubnis):* Sicherung gewisser Ziele/Standards
z.B. Führerschein
 - *Wirtschaftspolitische Bewilligung:* lenkende Wirkung
Wirtschaftslenkung → Wirkungen; Beschränkungen; kein Anspruch auf Bewilligungen
- *Verbot mit Konzessionsvorbehalt (Sondernutzungs- und Monopolkonzession)*
Private werden ausgeschlossen (Gebäudeversicherungsmonopol); Bund kann jedoch Konzession erteilen um Benützung einer öffentlichen Sache.
- *Verbot mit Befreiungsvorbehalt*
unter absoluten Massnahmen erlaubt (z.B. gewisse Waffen, Kraftwerk)
- *Absolutes Verbot*

Abgaben

- *Allgemeine Abgaben*
- *Lenkungsabgaben*
- *Gewerbesteuern*

Subventionen

Wettbewerbsverzerrungen grundsatzwidrige Eingriffe.

→ Für Anwendung der Instrumente gilt das Prinzip der Verhältnismässigkeit!

V. Totalrevision der BundesrechtspflegeZentrale Ziele der Totalrevision

- *Reduktion Belastung Bundesgericht*
- *Vereinfachung Rechtsmittelsystem* (Staatsrechtliche Beschwerde und Verwaltungsgerichtsbeschwerde)
- *Schliessung von Rechtsschutzlücken*
(Gewährleistung Rechtsweggarantie [Art. 29a BV])
Anspruch auf rechtliche Prüfung von staatlichen Massnahmen.

Zentrale neue Erlasse

Aufhebung des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege (OG) und Ersatz durch drei neue Gesetze:

- *Bundesstraftgerichtsgesetz*
(SGG vom 4.10.2002, in Kraft seit dem 1.4.2004)
- *Bundesgerichtsgesetz*
(BGG vom 17.6.2005, in Kraft vermutlich Anfang 2007, BBl 2005 4045ff.)
- *Bundesverwaltungsgerichtsgesetz*
(VGG vom 17.6.2005, in Kraft vermutlich Anfang 2007, BBl 4093ff.)

Neuer Modell-Instanzenzug:

Rechtsakte von Bundesbehörden

1. Stufe: Verfügung eines Bundesorgans
2. Stufe: Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht
(Art. 31 ff. VGG)
3. Stufe: Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten beim Bundesgericht
(Art. 82 ff. BGG)

Neuer Modell-Instanzenzug:

Rechtsakte kantonalen Behörden

1. Stufe: Verfügung eines kantonalen Organs
2. Stufe: Ausschöpfung des kantonalen Instanzenzuges

3. Stufe: Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten beim Bundesgericht (Art. 82 ff. BGG)

Ausnahme stattdessen: Subsidiäre Verfassungsbeschwerde (Art. 113 ff. BGG)

3. Internationales Wirtschaftsrecht und dessen Zusammenspiel mit dem nationalem Wirtschaftsrecht

I. Verhältnis Völkerrecht – Landesrecht

Funktional: *Verfassungsfunktion des Völkerrechts*

Protektionistische Interessen der Staaten → Liberalisierung innerstaatlich

Juristische Fragen zum *Verhältnis Völkerrecht – Landesrecht*: Wie wird das Völkerrecht (Verträge/Verhältnis zwischen Staaten) in Landesrecht umgesetzt?

- **Dualismus** (*Völkerrecht und Landesrecht als getrennte Rechtsakte, Transformationsakt notwendig, Bsp. Grossbritannien*) getrennte Rechtskreise, am Anfang ist nur der Staat gebunden und nicht der Bürger, dazu muss ein eigenes Gesetz erlassen werden um Völkerrecht ins Landesrecht einzufügen. **vs. Monismus** (*Völkerrecht und Landesrecht als einheitliche Rechtsordnung, kein Transformationsakt notwendig, Bsp. Schweiz*) Rechtskraft nach Annahme Völkerrechtsverträge, verbreitete Form
- **Unmittelbare Anwendbarkeit** („self-executing“) Als Einzelner kann man sich nur darauf berufen, wenn die Bestimmungen direkt anwendbar sind, d.h. Akt muss konkret genug umschrieben sein. Gerichte sind sehr zurückhaltend, brauchen Konkretisierung durch Gesetzgeber.
- **Konflikt** zwischen *Völkerrecht und Landesrecht* (Art. 5 Abs. 4 und 191 BV; Schubert-Praxis des Bundesgerichts [BGE 99 Ib 39]; *ius cogens*; Art. 139a OG)

Bund und Kantone beachten das Völkerrecht (BV 5 II): Frage der Auslegung:

Innerstaatliche Regelung: BG: Landesrecht soll völkerrechtskonform ausgelegt werden, wenn dies nicht möglich ist: altes BG-Gesetz geht nach neuem Völkerrecht = neues Völkerrecht geht vor und BG muss angepasst werden. Neues BG-Gesetz geht vor altes Völkerrecht = Gesetzgeber bewusst in Kauf genommen dass Völkerrecht zu brechen? Ja = BG geht vor, Nein = Völkerrecht geht vor – Ausnahme zwingendes Völkerrecht z.B. Rassendiskriminierung, Genozid etc..)

Bundesgericht muss sich an Völker- und Landesrecht halten und umsetzen und auch Bund und Kantone müssen Völkerrecht beachten. Landesrecht ist immer völkerrechtskonform auszulegen. Aber was wenn, altes Bundesgesetz neuem Völkerrecht widerspricht? In diesem Fall geht das Völkerrecht vor. Neues Bundesgesetz, dass älterem Völkerrecht widerspricht → Frage, ob Gesetzgeber bewusst Völkerrecht verletzt hat? Wenn ja: neueres Bundesgesetz kommt zur Anwendung – ausser bei zwingenden Völkerrecht. Sonst kommt Völkerrecht in jedem Fall zur Anwendung.

Ausnahme: *ius cogens* = zwingendes Völkerrecht, kein Bundesgesetz darf dagegen verstossen. Auch bei Initiativen, die gegen zwingendes Völkerrecht verstossen, werden vom Parlament nicht zugelassen und vom Bundesgericht auch nicht geschützt.

EMRK ist zwingendes Völkerrecht und Privatpersonen können sich darauf berufen und am europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassbourg einklagen und Bundesgericht ist verpflichtet ihren Entscheid zu revidieren (Art. 139a OG), jedoch prüft das Bundesgericht meistens von Anfang an, ob Bundesgerichte gegen zwingendes Völkerrecht verstossen und dann untersagt das Bundesgericht dessen Anwendung. Die Wirtschaftsfreiheit und das Eigentumsrecht finden wird nicht in der EMRK, nur die Koalitionsfreiheit wurde von der Schweiz ratifiziert.

II. Zentrale aussenwirtschaftliche Abkommen der Schweiz

- *WTO-Abkommen*
(Beitritt CH: 1966 [GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) 1947] / 1994 [WTO]): rechtliche Grundordnung der Weltwirtschaft
- *Verhältnis zur EU*
 - *Freihandelsabkommen 1972*: Abschaffung von Zöllen bei Industrieunternehmen
 - *Bilaterale (sektorale) Abkommen I (1999)* – siehe nächste Folie
 - *Bilaterale (sektorale) Abkommen II (2004)*: z.B. Schengen/Dublin
- *EFTA (1960; heute: CH, Norwegen, Island, Liechtenstein)* - Freihandelsabkommen
- *Freihandelsabkommen mit den USA?*

III. Bilaterale Abkommen I (1999)

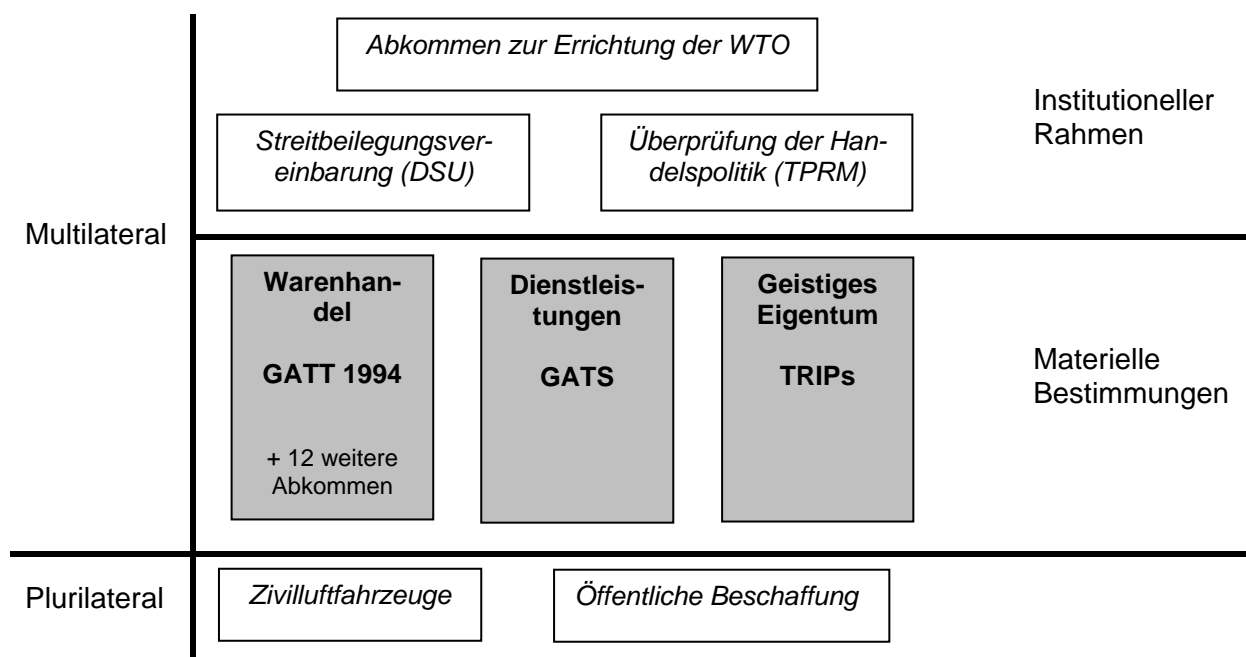
1. *Personenfreizügigkeit*
2. *Luftverkehr*
3. *Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Strasse*
4. *Handel mit landwirtschaftlichen Produkten*
5. *Gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen*
6. *Bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens*
7. *Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit* (Förderungsprogramm, Forschung)

IV. Historische Entwicklung GATT/WTO

(Prozentzahlen bedeuten die gewichteten Durchschnittszollsätze gemessen an den gewichteten Handelsströmen)

- 1944: **Bretton Woods-Konferenz** (IMF = International Monetary Found, *Weltbank*, ITO = International Trade Organization)
- 1947: **GATT** (Genf, 1. Verhandlungsrunde, **40 %**) – GATT hat sich zur WTO weiter entwickelt
- 1948: **Havanna-Charta** (ITO, gescheitert am US-Kongress)
- 1949: **Annecy Tarif-Konferenz** (2. Verhandlungsrunde, **30 %**)
- 1950/1951: **Torquay Tarif-Konferenz** (3. Verhandlungsrunde, **25 %**)
- 1956: **Genfer Tarif-Konferenz** (4. Verhandlungsrunde, **23 %**)
- 1960 – 1961: **Genfer Tarif-Konferenz** (5. Verhandlungsrunde, **Dillon Verhandlungsrunde, 15%**) – in den ersten 5 Verhandlungsrunden Liberalisierungsschritte in Form von Zolssenkungen
- 1964 – 1967: **Kennedy Verhandlungsrunde** (6. Verhandlungsrunde, **10%**, erstmals Einbezug auch nichttarifärer Handelshemmnisse) – Unter nichttarifärer (Tarif = Zoll) versteht man staatliche Regelungen um den Handel zu verhindern oder zu verzerren. Z.B. unterschiedliche Regelungen → sich anpassen; oder aber administrative Massnahmen (Tests, Dokumente), Regelungen um andere aus dem Markt auszuschliessen → Drang nach Protektionismus → Liberalisierungen deshalb wichtig.
- 1973 – 1979: **Tokio Verhandlungsrunde** (7. Verhandlungsrunde, **6,4%**)
- 1986 – 1994: **Uruguay Verhandlungsrunde** (8. Verhandlungsrunde, **4%**, grundlegende Reformen [WTO, GATS, TRIPS etc.]) – Reform des ganzen Systems, was 1948 nicht geschafft wurde, WTO errichtet und zusätzliche Bereiche eingeschlossen.
- seit 2001: **Doha Verhandlungsrunde** (9. Verhandlungsrunde) – Vereinfachungen, Erweiterungen, Zolssenkungen; eigentlich sollten alle abgeschlossen sein → Problem: Landwirtschaft (EU/CH) → Liberalisierungen dringend nötig

V. Struktur der WTO-Abkommen



Multilateral (= mehrseitig; viele Personen oder Staaten umfassend): Wenn man eines dieser Abkommen unterschreibt, muss man alle Regeln mitnehmen, sämtliche Abkommen müssen als Ganzes unterzeichnet werden. Bringt es etwas als Ganzes? CH profitiert massiv vom Welthandel → GATT/WTO oder CHer Landwirtschaft. Wer WTO unterzeichnet, muss alle Regelungen unterzeichnen.

Plurilateral (mehrere Nationen betreffend): Abkommen und Regelungen gelten nur, wenn unterzeichnet wurden, CH: Öffentliche Beschaffung unterzeichnet.

Multilaterale Verträge sind wichtiger.

Institutioneller Rahmen: Errichtung WTO, Rechtspersönlichkeit, Sekretariat → Problem Durchsetzung; Gerichtsverfahren. Abkommen zur Errichtung der WTO, Streitbeilegungsvereinbarung (DSU), Überprüfung des Handelspolitik (TPRM).

Materielle Bestimmungen: einheitliche Ordnung Welthandel, neu Dienstleistungen und Geistiges Eigentum.

Warenhandel (GATT 1994 + 12 weitere Abkommen, Dienstleistungen (GATS, neu seit Uruguay), Geistiges Eigentum (TRIPs = Trade related aspect of intern property rights, neu seit Uruguay).

VI. WTO-Abkommen zum Warenhandel

1. *GATT 1994*
2. *Landwirtschaft*
3. *Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Massnahmen*
4. *Textilware und Bekleidung*
5. *Technische Handelshemmnisse*
6. *Handelsbezogene Investitionsmassnahmen*
7. *Durchführung des Artikels VI GATT 1994 (Antidumping + Ausgleichszölle)*
8. *Durchführung des Artikels VII GATT 1994 (Zollwert)*
9. *Kontrollen vor dem Versand*
10. *Ursprungsregeln*
11. *Einfuhrlizenzen*
12. *Subventionen und Ausgleichsmassnahmen*
13. *Schutzmassnahmen*

VII. Zentrale WTO-Prinzipien

- **Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung, insbesondere**
Nicht andere Staaten diskriminieren um eigenen Staat zu schützen.
 - **Meistbegünstigung** („*Most-Favored-Nation Treatment*“; z.B. Art. I.1 GATT, Art. II.1 GATS, Art. 4 TRIPs; siehe aber Art. XXIV GATT [*Ausnahme für Integrationsräume*])
Handelskonditionen zwischen Staaten, wenn einem Staat etwas gewährt wird, muss es anderen Staaten auch gewährt werden. (z.B. Zollessenkungen)
 - **Inländerbehandlung** (z.B. Art. III GATT, Art. 3 TRIPs)
Verhältnis zwischen Inländer und Ausländer; gleiche Behandlung → selber Anspruch, ausser bei berechtigten Ausnahmen.

- **Tarifizierung** *aller nichttarifären Handelshemmnisse* („tariffs only“-Maxime; z.B. Art. XI GATT), verbunden mit **Zollabbau** und **Zollbindung** (vgl. Ingress des GATT)
Problematisch und intransparent; Wenn dann transparent mit Hilfe von Zöllen; Zollsenkungen werden nicht wieder zurückgenommen; freier Welthandel. Zölle dürfen nicht wieder erhöht werden nachdem sie gesenkt wurden.
- **Transparenz** (z.B. Art. X.1 GATT)
Alle Verordnungen und Bestimmungen müssen offen gelegt werden; auch Subventionen
- **Zulassung von Ausnahmen** (nur, aber immerhin) unter definierten **Bedingungen** (z.B. Art. XII und XX GATT)
Ausnahmen: nur unter gewissen Bedingungen → Verhinderung von Missbrauch
kein verstecktes Handelshemmnis; unabhängige Behörde schaut, ob Sinn und Zweck eingehalten sind.

VIII. WTO-Streitbeilegungsverfahren

1. Konsultation (Bilateraler Weg)

- Informeller Einigungsversuch (Einleitung des Verfahrens)
- Frist von **60 Tagen** für die Einigung, danach Anrufung Panel möglich (bilateral)

2. Panelverfahren

- Keine ständigen Panelmitglieder (Auswahl für den Streitfall) ad-hoc
- Entscheidung (Panel Report) innerhalb von max. **6 Monaten** seit Panelernennung
Entscheidung, entweder zulässig oder nicht zulässig. (Experten werden eingesetzt)

3. Rechtsmittelverfahren (Anfechtung)

- Rechtsmittelorgan mit ständigen Mitgliedern (Appellate Body)
- **Entscheidung** (Appeals Report) innerhalb von maximal **90 Tagen**
- **Ablehnung** durch WTO-Mitglieder möglich, aber **nur mit Einstimmigkeit (auch für Aufhebung)**

4. Umsetzung und Durchsetzung

- *Primär*: Sofortige Umsetzung
- *Sekundär*: Kompensation (nur einvernehmlich) und Sanktionen („Retaliation“)

4. Ordnungspolitik I: Wettbewerbsrecht und funktional verwandte Rechtsgebiete

I. Schutz des Wettbewerbs

Ausgangspunkt: Der Wettbewerb wird beschränkt durch staatliche Organe oder Private. Diesen Beschränkungen muss entgegengewirkt werden und zwar mit Gegenmassnahmen, welche unter anderem auf Art. 95 BV gestützt werden.

Gegenmassnahmen (staatliche Beschränkungen / funktionaler Zusammenhang) zu Einschränkungen durch *staatliche Organe*:

- BGBM (Binnenmarktgesetz)
- BGFA (Anwaltsgesetz)
- BoeB (BG über das öffentliche Beschaffungswesen)
- IvöB (interkantonale Vereinbarungen im öffentlichen Beschaffungswesen)
- THG (BG über die technischen Handelshemmnisse)
z.B. unterschiedliche Steckdosen, administrative Massnahmen → Geld- und Zeitverlust.
- IVTH (interkantonale Vereinbarungen zum Abbau technischer Handelshemmnisse)

Wichtige Gegenmassnahmen (eigentliches Wettbewerbsrecht / gestützt auf Art. 96 BV) zu Einschränkungen durch *Private*:

- BG über den unlauteren Wettbewerb (UWG) – Regelung in Art. 96 Abs 2b BV
- Kartellgesetz (KG) – Regelung in Art. 96 Art. 1 BV
- Preisüberwachergesetz (PüG) – Regelung in Art. 96 Art. 2a BV

Greift der Staat mit dem Kartellgesetz in die Wirtschaftsfreiheit ein? Ja

Greift der Staat in den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit ein? Nein, Frage nach dem Motiv der Massnahme → grundsatzkonform/grundsatzwidrig. Mit der Beschränkung will er nicht den Markt beschränken, sondern den Wettbewerb stärken.

II. Übersicht Kartellgesetz

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen (Art. 1- 4)

Zweck, Geltungsbereich, Begriffe

2. Kapitel: Materiellrechtliche Bestimmungen

1. Abschnitt: Unzulässig Wettbewerbsbeschränkungen (Art. 5 – 8)

Wettbewerbsabreden, die den Wettbewerb verhindern sind nicht zulässig, wenn sie hingegen den Wettbewerb nur beschränken, dann sind sie zulässig, ausser sie sind in Art. 5 Abs. 3 KG aufgeführt.

harte Kartelle wie Preiskartelle, Gebietskartelle und Mengenkartelle werden in Art. 5 Abs. 3 KG geregelt. Die Unzulässigkeit dieser Kartelle wird von Gesetzes wegen vermutet und die Betroffenen müssen beweisen, dass das Gegenteil der Fall ist und die Kartelle den Wettbewerb nicht beseitigen.

Art. 6 KG sieht gerechtfertigte Kartelle vor, solche die der wirtschaftlichen Effizienz dienen, z.B. Ressourcenzusammenlegung.

Art. 8 KG: öffentliches Interesse

2. Abschnitt: Unternehmenszusammenschlüsse (Art. 9 – 11)

Motiv Gesetzgeber war es eine Monopolstellung (d. Unternehmen) zu verhindern, weil Monopole den Wettbewerb beschränken oder ganz ausschliessen.

Art. 11 KG: öffentliches Interesse

Die Wettbewerbskommission (WEKO) ist die zuständige Behörde, sie prüft die Un-

ternehmenszusammenschlüsse und entscheidet ob die Massnahme mit konform ist mit dem KG. Jedoch kann der Bundesrat diese Beschränkung aufheben, wenn ein genügend öffentliches Interesse vorhanden ist. Der Bundesrat kann die öffentlichen Interessen besser vertreten als die WEKO, er berücksichtigt andere Kriterien, insbesondere sozialpolitische, geschichtliche usw. Die Argumentation, dass in gewissen Bereichen kein Wettbewerb benötigt wird (→ ökonomische Begründung), überzeugt wenig. Die WEKO entscheidet rein nach Wettbewerbskriterien. Ein gutes Beispiel könnte hier die Buchpreisbindung sein. Diese Bindung lässt keinen Wettbewerb zu, es handelt sich hierbei um ein hartes Kartell (Preiskartell). Diese Bindung widerspricht den Wettbewerb zwischen dem Buchhändler und dem Verlag. Die Begründung für dieses Kartell ist, dass das Buch ein Kulturgut ist, dass vor dem Wettbewerb bewahrt werden muss.

Die WEKO sieht diese Bindung als wettbewerbswidrig an und kann nun nur noch das Argument der wirtschaftlichen Effizienz prüfen. Aber auch das ist zu verneinen, das Kartell ist unzulässig auch wenn es wirtschaftlich effizient wäre.

Das Bundesgericht prüft nur die Einschränkung. Der Bundesrat würde wahrscheinlich mit kulturpolitischen Gründen operieren.

3. Kapitel: Zivilrechtliches Verfahren (Art. 12 – 17)

Hier gibt es klassische Zivilrechtsmittel, Beweis jedoch eher schwierig, zu teuer und zu riskant, weshalb es so wenig Zivilklagen gibt.

4. Verwaltungsrechtliches Verfahren

Dieses Verfahren hat in der Praxis den höheren Stellenwert, denn die Beschränkung des Wettbewerbs muss in diesem Fall von Amtes wegen untersucht werden. Zur Untersuchung stehen hoheitliche Mittel zur Verfügung und auch Experten und genug Personal. Verwaltungssanktionen haben ein Abschreckungseffekt.

1. Abschnitt: Wettbewerbsbehörden (Art. 18 – 25)

2. Abschnitt: Untersuchung von Wettbewerbsbeschränkungen (Art. 26 – 31)

3. Abschnitt: Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen (Art. 32 – 38)

4. Abschnitt: Verfahren und Rechtsschutz (Art. 39 – 44)

5. Abschnitt: Übrige Aufgaben und Befugnisse der Wettbewerbsbehörden (Art. 45 – 49)

6. Abschnitt: Verwaltungssanktionen (Art. 49a – 53)

7. Abschnitt: Gebühren (Art. 53a)

UWG

Hier werden klassische Beschränkungen sanktioniert und ist eigentlich nur für Private gedacht. Das Gesetz stellt den geregelten Wettbewerb sicher.

PüG

Der Preisüberwacher, kann Preise ändern oder herabsetzen. Er kann mittels Verfügung entscheiden. In der Schweiz ist der Preisüberwacher umstritten und er wird vielfach als Relikt angesehen. Früher hatte der Preisüberwacher sozialpolitische Motive. Heute ist es schwierig, weil nicht der Überwacher entscheidet, sondern der Markt entscheidet über die Preise.

III. Übersicht Binnenmarktgesetz (BGBM)

Konkretisierung der Wirtschaftsfreiheit

1. Abschnitt: Zweck und Gegenstand (Art. 1)

Art. 1 Abs. 3 BGBM → Deckung Wirtschaftsfreiheit (BV 27)

2. Grundsätze für den freien Zugang zum Markt

Art. 2 Freier Zugang zum Markt

Verankerung des Herkunftsprinzips: An einem Kanton zugelassen, an allen Kantonen zugelassen. „Cassis de Dijon-Prinzip“; Liberalisierungseffekt. Geltung Ort der Niederlassung. Einmal zugelassen, überall zugelassen. Ausser Einschränkung für Heilpraktiker → Zulassung nicht zwingend durchsetzbar.

Art. 3 Beschränkungen des freien Zugangs zum Markt

Einschränkungen wie Wirtschaftsfreiheit; öffentliches Interesse und Verhältnismässigkeit ist aber vorausgesetzt.

Keine Diskriminierung auswärtiger Personen, gleiche Behandlung wie ortsansässige Personen. Inhalte müssen gleich sein, nicht Herkunftsort,

Ausnahmen: Kantone die Chance/einen gewissen Grad an Selbstbestimmung geben um eigene Schutzgrenzen aufstellen zu können. Unterschiedliche Ansichten und Regelungen müssen begründet werden. Gefahr: Grundprinzip wird nicht erreicht, BG schützt die Unterschiede häufig; BGBM Prinzip häufig im Hintertreffen.

Art. 4 Anerkennung von Fähigkeitsausweisen

Art. 5 Öffentliche Beschaffungen

Art. 6 Völkerrechtliche und interkantonale Vereinbarungen

3. Abschnitt: Aufgaben des Bundes (Art. 7)

4. Abschnitt: Empfehlungen und Rechtsschutz

Art. 8 Empfehlungen der Wettbewerbskommission

Art. 9 Rechtsschutz: Ist von Beschränkung betroffen = Anspruch auf Verfügung nach verwaltungsrechtlichen Grundsätzen (Freizügigkeit der Anwälte)

Art. 10 Gutachten und Anhörung der Wettbewerbskommission

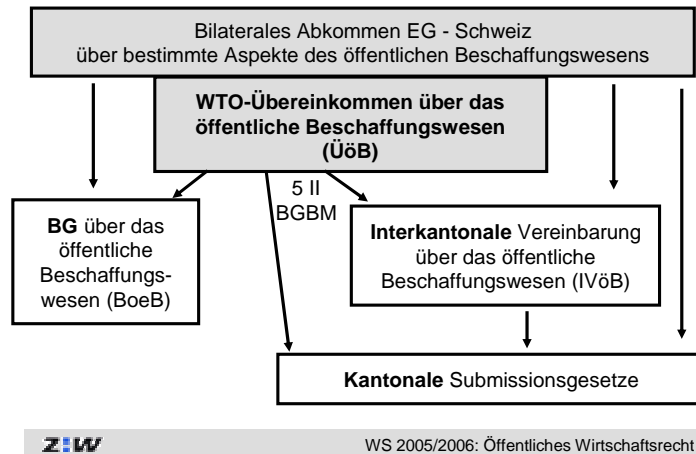
Das Gesetz hat nicht die Wirkungen, die man gewollt hat. Evaluation im Jahr 2001 hat gezeigt, dass es wenig Liberalisierungen gegeben hat. Das BGer schützt weiterhin die Kantonsgrenzen.

Föderalismus vs. Binnenmarktprinzip (Liberalismus); BGer wählt im Zweifel Föderalismus. Probleme der Durchsetzung des BGBM. Rechtsschutz; Betroffen von Beschränkungen → Anspruch auf Verfügung, dann anfechten → Privater muss sich daran machen für Durchsetzung, sehr schwierig und kommt sehr selten vor.

Anwaltsgesetz

Beruf kantonal geregelt; Regelung darüber gestellt, schweizweit anerkannt: Master und 1jähriges Praktikum. Keine zusätzlichen Prüfungen. Auch mit EU, grundsätzlich als Rechtsanwalt tätig werden in EU und CH.

IV. Öffentliches Beschaffungswesen



Das öffentliche Beschaffungswesen hat ein hohes wirtschaftliches Gewicht. Wettbewerbsverzerrungen werden geregelt. Regelungen im Wirtschaftsvölkerrecht/Landesrecht, Bundesrecht, Kantonsrecht. Zentrale Bestimmungen GATT/WTO müssen auch beachtet werden. WTO-Abkommen werden ausgedehnt z.B. auf die Ebene der Gemeinden oder im Kommunikationsbereich. Bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und EG auch noch geregelt, die Umsetzungserlasse finden sich auf nationaler Ebene in der BV.

Warum Regelung auf Bundesebene und interkantonaler Ebene? Regelung aus allgemeinem Staatsrecht/Kompetenzordnung. Keine spezielle Kompetenz in neuer BV. Was nicht speziell beim Bund geregelt ist, dürfen die Kantone regeln sonst nur Bundesinstitutionen. Kantone dürfen selber entscheiden über Kantonsinstitutionen → Richtlinien.

Verpflichtung Völkerrecht unterliegen auch dem Art. 2 BGBM. Bestimmungen stellen sicher, dass nationale Entscheidungen nicht diskriminieren.

- Nichtdiskriminierung und Transparenz
- Kriterien klar festgelegt werden → wirtschaftlich
- Verfahrensrechte / Rechtsmittel

5. Ordnungspolitik II: Banken- und Kapitalmarktrecht als Beispiel für Wirtschaftspolizeirecht

I. Einordnung der Banken- und Kapitalmarktaufsicht in das System des Wirtschaftsverfassungsrechts

Grundsatz: Wettbewerbsgesteuerte Privatwirtschaft (verankert insbes. durch Art. 26, 27, 94 und 95 BV)
staatsfreie Wirtschaft durch Private koordiniert und wettbewerbsorientiert

Ausgestaltung durch (grundsatzkonforme) Ordnungspolitik, insbesondere:

Ausser wenn Staat von Wettbewerb abweicht, braucht es gewisse Rahmenbedingungen – Eingriff des Staates muss sinnvoll sein.

- *Wettbewerbspolitik*
(z.B. UWG, KG, BGBM, ZPO, stopp, Geld, Privatrecht (OR/ZGB))
- *Wirtschaftspolizei und –aufsicht,*
z.B. Banken- und Kapitalmarktaufsicht

Ausnahme: Gegen den Wettbewerb gerichtete staatliche Eingriffe (grundsatzwidrige Eingriffe, erfordern gemäss Art. 94 Abs. 4 BV Abweichungskompetenz), z.B. grosse Teile der Landwirtschaftspolitik.

II. Rechtsgrundlagen

Bundesverfassung

- *Art. 98 Abs. 1 und 2 BV*
Es findet sich in diesem Artikel keine Abweichungskompetenz, muss explizit erwähnt sein.
- *Art. 95 BV*
wirtschaftliche polizeiliche Massnahme, Bund eigene Kompetenz geschaffen
- *Art. 122 BV*
Allgemeine Kompetenz, Zivilgesetzgebung – Ergänzung zu Art. 95 und 98 BV.

wichtige Gesetze und Verordnungen

- *Bankengesetz und Bankenverordnung*
Das Bankengesetz ist ein sehr altes Gesetz, das viele Male revidiert wurde und in der Verordnung konkretisiert wurde. Es fehlt ein systematischer Aufbau.
- *Börsengesetz*
Das Börsengesetz war vorher kantonale geregelt
- *Anlagefondsgesetz*
Bei kollektiven Kapitalanlagen
- *Geldwäschereigesetz*

III. Einige zentrale Merkmale der schweizerischen Banken- und Kapitalmarktaufsicht

Ziele:

- *Gläubiger- und Anlegerschutz*
Individualschutz – Ursprung des Gesetzes
- *Funktionsschutz*
Schutz Funktion der Banken, Banken/Finanzwesen ist zentral für moderne Wirtschaft, Kredite und Überweisungen zu tätigen. Niedrighalten von Transak-

tionskosten und Vertrauen sehr wichtig. Das alles bildet die Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Wirtschaft.

Polizeibewilligung als charakteristisches Instrument

Bewilligung polizeiliche Minimalbestimmungen müssen erfüllt sein, gibt es in allen Gesetzen, nur polizeiliche Kriterien. Man hat einen Anspruch auf Bewilligung, wenn sämtliche Anforderungen erfüllt sind, hierbei handelt es sich um ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt. Es ist grundsätzlich verboten eine Bank zu führen aber erlaubt mit Bewilligung.

Zusammenarbeit mit Privaten (Beispiele):

- *direkte Kontrolle durch private Revisionsstellen verbunden mit Oberaufsicht durch EBK*
Regelmässige Kontrolle der Banken durch private Revisionsstellen. EBK hat die Oberaufsicht, greift nur bei Unregelmässigkeiten ein.
Hier ist das Zusammenspiel zwischen privaten und öffentlichen Revisionen wichtig.
- *Selbstregulierung*
Regulierungs- und Kontrollaufgaben werden an die beaufsichtigten Wirtschaftsorgane gegeben, auch hier greift der Staat nur bei Unregelmässigkeiten ein (wenn notwendig).

Weitgehend staatliche Eingriffskompetenzen bei Feststellung von Verstössen

Wenn Verstösse, hat die EBK/Aufsichtsorgane eine sehr weite Kompetenz, eigener Freiraum, z.B. Bewilligung entziehen, Untersuchen einleiten usw.

IV. Übersicht Bankengesetz (BankG)

1. Abschnitt: Geltungsbereich des Gesetzes (Art. 1-2, Art. 1-3a BankV)

Wichtig ist hier, dass man sich zuerst einmal die Frage stellt, ob das fragliche Gesetz überhaupt anwendbar ist.

Wofür ist das BankenG gedacht? für Banken, Privatbanquiers, Sparkassen.

Was ist überhaupt eine Bank? Die Ergänzung zur Legaldefinition zu Art. 1 BankG findet sich in Art. 2a BankV: Eine Bank ist ein Institut, dass gewerbsmässig Gelder entgegennimmt, Kredite gewährt und das Zinsdifferenzgeschäft betreibt.

2. Abschnitt: Bewilligung zum Geschäftsbetrieb (Art. 3 bis 3quater, Art. 4-10 BankV)

Polizeibewilligung in Art. 3 BankG:

Voraussetzungen/polizeiliche Kriterien werden dort genannt, insbesondere:

- angemessene Verwaltungsorganisation
 - sachgemässe Überwachungen
 - Mindestkapital
 - guten Ruf (lit. c) – Gewährleistungsartikel
- usw....

3. Abschnitt: Eigene Mittel, Liquidität und andere Vorschriften über die Geschäftstätigkeit (Art. 4-5; Art. 11-22 BankV)

Die Bank muss ihre Verpflichtungen jederzeit erfüllen können, es finden sich detaillierte Vorschriften, Bankwesen sehr stark reguliert. Geldordnung ! Liquidität hat eine Doppelfunktion: Zahlungsfähigkeit, Menge Liquidität in Wirtschaft → Verminderung Inflation, wirtschaftliches Gleichgewicht

4. Abschnitt: Jahresrechnungen und Bilanzen (Art. 6; Art. 23 – 29 BankV)

5. Abschnitt: Verhältnis der Banken zur Schweizerischen Nationalbank (Art. 7 – 10; gestrichen)

6. *Abschnitt: Kapitalrückzahlung; bes. Best. über Genossenschaftsbanken (Art. 11 – 14; Art. 30 BankV)*
7. *Abschnitt: Spareinlagen und Depotwerte (Art. 15 – 16)*
8. *Abschnitt: Verpfändungsverträge (Art. 17; Art. 33 BankV)*
9. *Abschnitt: Überwachung und Revision (Art. 18 – 22; Art. 34 – 49 BankV)*
Zusammenspiel mit privater Aufsichtsbehörde, EBK muss Revisionsstelle anerkennen (seriöse Revisionsstelle)
10. *Abschnitt: Eidgenössische Bankenkommission (Art. 23 – 24; Art. 50 – 54 BankV)*
Zentrales Aufsichtsorgan; Kommission wird vom Bundesrat eingesetzt.
Was kann die EBK effektiv machen?
Revisionsstelle muss Mängel an EBK melden (Art. 21 IV) → EBK handelt bei Handlungsbedarf
Gemäss Art. 23ff. kann sie insbesondere:
- Verfügungen erlassen, dass Missstände zu beheben sind
- Bewilligung entziehen
- a.o. Revisionen anordnen
Sie kann tun, was immer die EBK für notwendig hält. Normalerweise ist sie sehr zurückhaltend, aber wenn Probleme, dann weitgehende Kompetenz bis ultima ratio → Geschäftsverbot.
Sie muss sicherstellen, dass die Regelungen eingehalten werden.
Was gibt es für Rechtsmittel? Rechtsweg?
VGB Art. 24 BankG, VGB kommt direkt nach Verfügung der EBK.
11. *Abschnitt: Massnahmen bei Insolvenzgefahr (Art. 25 – 32)*
12. *Abschnitt: Liquidation insolventer Banken (Bankenkonkurs) (Art. 33 – 37g; BKV)*
Warum spezielle Regelung zum Bankenkonkurs (nicht SchKG)?
Banken sind für Private und Volkswirtschaft wichtig → Auswirkungen wären gravierend. Darum gehen die Normen auf die Besonderheiten ein.
13. *Abschnitt: Geltungsbereich des Gesetzes (Art. 1 – 2; Art. 1 – 3a BankV)*
14. *Abschnitt: Verantwortlichkeits- und Strafbestimmungen (Art. 38 – 51bis)*
Bankgeheimnis Art. 47 BankG – Bankkundengeheimnis: Kunde hat Anspruch, dass seine Daten nicht an Dritte weitergegeben werden – Art. 28 ZGB Persönlichkeitschutz.

V. Übersicht Börsengesetz (BEHG)

1. *Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen (Art. 1-2)*
Zweck: Schutz Anleger → Individualschutz
Funktionsschutz
2. *Abschnitt: Börsen (Art. 3-9)*
Art. 3 BEHG – Bewilligung erteilt die Aufsichtsbehörde = EBK (Art. 34-36); polizeiliche Ziele.
Art. 4 BEHG Selbstregulierung, Börsen regulieren sich selber durch Regelemente etc.
Eingriff EBK nur bei Unregelmässigkeiten
SWX ist die wichtigste Börse in der Schweiz
3. *Abschnitt: Effekthändler (Art. 10-19)*
Bewilligung Art. 10 BEHG wird erteilt, wenn Voraussetzungen erfüllt sind.
Art. 17-19: Revisionsstelle, Mängel an EBK melden.

4. *Abschnitt: Offenlegung von Beteiligung (Art. 20-21)*
Transparenz: Prospektvorschriften
5. *Abschnitt: Öffentliche Kaufangebote (Art. 22-33)*
Gleichbehandlung
6. *Abschnitt: Aufsichtsbehörde (Art. 34-36)*
ultima ratio: Bewilligungsentzug
7. *Abschnitt: Verhältnis zum Ausland (Art. 37-38a)*
8. *Abschnitt: Beschwerdeverfahren (Art. 39)*
9. *Abschnitt: Strafbestimmungen (Art. 40-44)*

VI. Übersicht Anlagefondsgesetz (AFG)

1. *Kapitel: Zweck, Begriffe und Geltungsbereich (Art. 1-3)*
2. *Kapitel: Allgemeine Bestimmungen (Art. 6-39)*
 1. *Abschnitt: Kollektivanlagevertrag (Art. 6-9)*
 2. *Abschnitt: Fondsleitung (Art. 9-16) – Bewilligung*
 3. *Abschnitt: Depotbank (Art. 17-21)*
 4. *Abschnitt: Vertriebssträger (Art. 22)*
 5. *Abschnitt: Anleger (Art. 23-28)*
 6. *Abschnitt: Auflösung des Anlagefonds (Art. 29-30)*
3. *Kapitel: Anlagevorschriften (Art. 31-43)*
4. *Kapitel: Ausländische Anlagefonds (Art. 44-46)*
5. *Kapitel: Rechenschaftsablegung und Publikationspflichten (Art. 47-51)*
6. *Kapitel: Revision und Aufsicht (52-55) - EBK*
7. *Kapitel: Verhältnis der Fondsleitungen zur SNB (Art. gestrichen)*
8. *Kapitel: Verantwortlichkeit (Art. 65-67)*
9. *Kapitel:*
10. *Kapitel: Strafbestimmungen (Art. 69-71)*

VII. Übersicht Geldwäschereigesetz (GwG)

Geldwäschereigesetz soll verhindern, dass illegale Mittel (z.B. Drogen) in der Schweiz gewaschen werden und dass die Gelder nicht auf Schweizer Konten liegenlassen bleiben.

1. *Kapitel: Allgemeine Bestimmungen (Art. 1-2)*
2. *Kapitel: Pflichten der Finanzintermediäre (Art. 3-11)*

Finanzintermediäre ist der Oberbegriff, darunter können auch Versicherungen oder Treuhänder fallen oder auch andere.

 1. *Abschnitt: Sorgfaltspflichten (Art. 3-8)*
 2. *Abschnitt: Pflichten bei Geldwäschereiverdacht (Art. 9-11)*
3. *Kapitel: Aufsicht (Art. 12-28)*
 1. *Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen (Art. 12-15)*
 2. *Abschnitt: Spezialgesetzliche Aufsichtsbehörden (Art. 16)*

EBK ist die Aufsichtsstelle für die Bank, BA für Versicherungen ist die Aufsichtsstelle für die Versicherungen usw.
 3. *Abschnitt: Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei (Art. 17-22)*
 4. *Abschnitt: Meldestelle für Geldwäscherei (Art. 23)*

5. Abschnitt: Selbstregulierungsorganisationen (Art. 24-28)

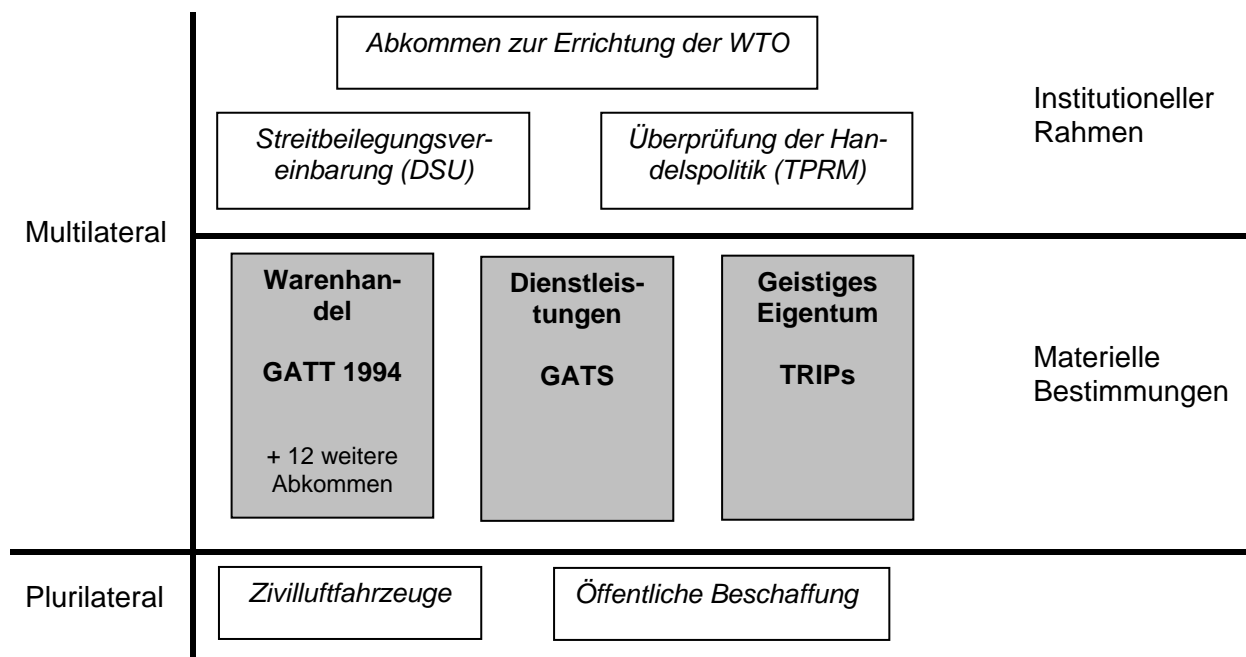
Die Treuhänder haben keine spezialgesetzliche Aufsichtsbehörde, deswegen müssen sie eine Selbstregulierungsorganisation schaffen.

4. Kapitel: Amtshilfe (Art. 29-32)

5. Kapitel: Bearbeitung von Personendaten (Art. 33-35)

6. Kapitel: Strafbestimmungen und Rechtspflege (Art. 36-40)

VIII. Struktur der GATS



Haupttext des Abkommens (Art. I – XXIX)

- Teil II (Art. II – XV): **Allgemeine Pflichten** und Disziplinen, insbesondere **Meistbegünstigung** (Art. II [mit der Möglichkeit von **Negativlisten**]) und **Transparenz** (Art. III)
- Teil III (Art. XVI – XVIII): **Spezifische Verpflichtungen**, insbesondere; **Marktzugang** und **Inländerbehandlung** (gelten nur im Umfang der von den einzelnen Mitgliedsstaaten in **Positivlisten** übernommenen Verpflichtungen)

Das GATT kennt keine Ausnahmen, es darf grundsätzlich nicht diskriminieren.

Beim GATS darf jeder Staat für sich selber entscheiden, was sie gewähren wollen, diese werden auf der Positivliste erfasst. Wenn es aber in der Positivliste erfasst ist, dann ist es eine Verpflichtung.

Negativliste: für gewisse Rechte gilt die Meistbegünstigung nicht, die Rechte müssen explizit in der Positivliste erfasst sein.

Wieso diese Lösung gewählt?

Konflikt Industrie- und Entwicklungsländer → Bank- und Kapitalmarkt, DL-Bereiche, Grundversorgungsdienste grosse Vorbehalte.

Zentrale Prinzipien enthalten, aber jeder ist frei in seiner Entscheidung – gewisser Rahmen / Ausgangspunkt.

Lieber so ein Abkommen, als gar kein Abkommen.

Ergänzungen: Anhänge (insbesondere Sonderregeln für Finanz-, Telekommunikations- und Transportdienstleistungen), ministerielle Entscheidungen, Vereinbarungen über Verpflichtungen bezüglich Finanzdienstleistungen

Listen (Schedules) der Mitgliedstaaten: **Positiv-** und **Negativlisten**

6. Strukturpolitik: Landwirtschaftsrecht als Beispiel für grundsatzwidrige Strukturpolitik

I. Einordnung des Landwirtschaftsrecht in das System des Wirtschaftsverfassungsrecht

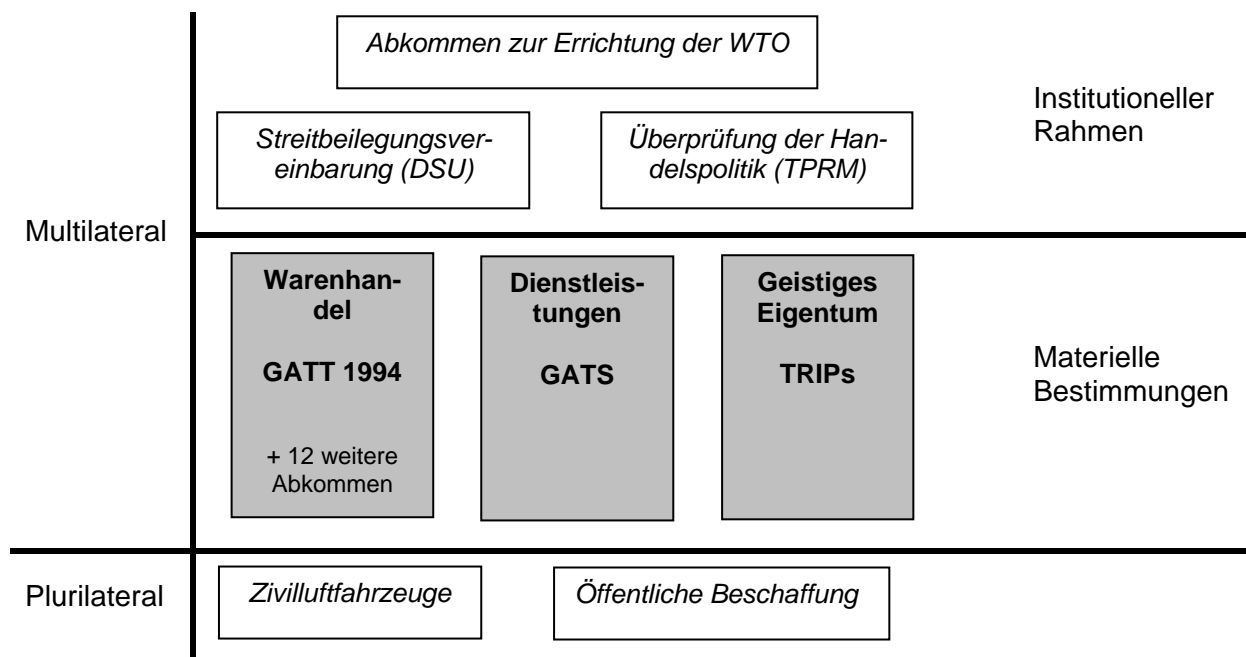
- **Grundsatz: Wettbewerbsgesteuerte Privatwirtschaft** (verankert insbesondere durch Art. 26, 27, 94 und 96 BV)

Ausgestaltung durch (grundsatzkonforme) **Ordnungspolitik**, insbesondere:

- *Wettbewerbspolitik*
- *Wirtschaftspolizei und aufsicht, z.B. Banken- und Kapitalmarktaufsicht*

- **Ausnahme:** Gegen den Wettbewerb gerichtete staatliche Eingriffe (**grundsatzwidrige Eingriffe**, erfordern gemäss Art. 94 Abs.4 BV Abweichungskompetenz), z.B. grosse Teile der **Landwirtschaftspolitik (siehe Art. 104 BV)**.
Wettbewerbspolitik = Marktprinzip
Staat greift grundsatzwidrig ein. Bund hat viele Abweichungskompetenzen.

Struktur der WTO-Abkommen



Hinweis auf das Völkerrecht: LwG in GATT angesiedelt. GATT = Rahmenbedingungen (Marktzugang Verankerung → Protektionismus, eigentlich GATT-widrig. GATT hat aber Ausnahmen siehe Art. 11 Ziff. 2 lit. c GATT. In der Rechtspraxis des GATT sind die Bestimmungen für Landwirtschaftsgesetz nicht eingehalten worden von EU, Amerika, CH...)

II. Prinzipien des WTO-Landwirtschaftsabkommen

- *Verbesserter Marktzugang*
Anstatt Verbot der mengenmässigen Beschränkung Zölle erhoben.
 - *Tarifizierung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse (Art. 4-5; Zölle und Zollkontingente* (= Unterscheidung von Zollhöhen. Bestimmte Mengen zu normal hohem Preis, darüber hinaus aber Mengen zu sehr hohem Preis, so dass es unrentabel ist.) *statt mengenmässiger Beschränkungen*
 - *Zollabbau*
- *Abbau interner Stützungsmaßnahmen (Art. 6-7):* Schutz der Landwirtschaft durch Subventionen
- *Abbau Exportsubventionen (Art. 8-11):* Schutz der Landwirtschaft durch teuren Import, billigen Export. Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft. Sind Stützungsmaßnahmen in der Landwirtschaft grundsatzkonform?
Subventionen sind nicht grundsatzwidrig, weil kein Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit per se aber wird der Wettbewerb verzerrt und somit ist der Eingriff je nach Motiv grundsatzwidrig → in Landwirtschaft. Geht es um Lenkung = grundsatzwidrig (BV 104 Abs. 2 i.V.m. BV 94).

III. EU – Schweiz Bilaterale Abkommen I (1999)

1. *Personenfreizügigkeit*
2. *Luftverkehr*
3. *Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Strasse*
4. *Handel mit landwirtschaftlichen Produkten: Liberalisierung mit EG*
5. *Gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen*
6. *Bestimmte Aspekte des öffentlichen Beschaffungswesens*
7. *Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit*

Art. 104 BV - Landwirtschaft

¹ Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine **nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete** Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur:

- a. sicheren **Versorgung** der Bevölkerung;
- b. Erhaltung der **natürlichen Lebensgrundlagen** und zur Pflege der Kulturlandschaft;
- c. **dezentralen Besiedlung** des Landes.

² Ergänzend zur zumutbaren **Selbsthilfe** der Landwirtschaft und **nötigenfalls abweichend vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit** fördert der Bund die bodenbewirtschaftenden **bäuerlichen Betriebe**.

³ Er richtet die Massnahmen so aus, dass die Landwirtschaft ihre **multifunktionalen Aufgaben** erfüllt. Er hat insbesondere folgende Befugnisse und Aufgaben:

- a. Er ergänzt das bäuerliche Einkommen durch Direktzahlungen zur Erzielung eines angemessenen Entgelts für die erbrachten Leistungen, unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises.

- b. Er fördert mit wirtschaftlich lohnenden Anreizen Produktionsformen, die besonders naturnah, umwelt- und tierfreundlich sind.
- c. Er erlässt Vorschriften zur Deklaration von Herkunft, Qualität, Produktionsmethode und Verarbeitungsverfahren für Lebensmittel.
- d. Er schützt die Umwelt vor Beeinträchtigungen durch überhöhten Einsatz von Düngstoffen, Chemikalien und anderen Hilfsstoffen.
- e. Er kann die landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Ausbildung fördern sowie Investitionshilfen leisten.
- f. Er kann Vorschriften zur Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes erlassen.

⁴ Er setzt dafür zweckgebundene Mittel aus dem Bereich der Landwirtschaft und allgemeine Bundesmittel ein.

Abs. 2: Abweichungskompetenz

Abs. 3 Ziel: Leistung der Branche und Sicherung für Krisenzeiten. Pflege der Kulturlandschaft. Dezentrale Besiedlung. Kernfunktion = Bereitstellung der Lebensmittel auch: gemeinschaftliche Leistung: öffentliche Güter, Umweltschutz, Landschaftspflege.

IV. Übersicht Landwirtschaftsgesetz (LwG)

- 1. Titel: **Allgemeine Grundsätze (Art. 1-6)**
- 2. Titel: **Rahmenbedingungen für Produktion und Absatz (Art. 7-69)**
 - 1. Kapitel: Allgemeine wirtschaftliche Bestimmungen (Art. 8-27a, u.a. Ein- und Ausfuhr)
 - 2. Kapitel: Milchwirtschaft (Art. 28-45)
 - 3. Kapitel: Viehwirtschaft (Art. 46-52)
 - 4. Kapitel: Pflanzenbau (Art. 54-59)
 - 5. Kapitel: Weinwirtschaft (Art. 60-69)
- 3. Titel: **Direktzahlungen (Art. 70-77)**
- 4. Titel: **Soziale Begleitmassnahmen (Art. 78-86a)**
- 5. Titel: **Strukturverbesserungen (Art. 87-112)**
- 6. Titel: Forschung und Beratung sowie Förderung der Pflanzen- und Tierzucht (Art. 113-147)
- 7. Titel: Pflanzenschutz und Produktionsmittel (Art. 148-165)
- 8. Titel: Rechtsschutz, Verwaltungsmassnahmen und Strafbestimmungen (Art. 166-176)
- 9. Titel: Schlussbestimmungen